

Sprechzettel

Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa
und Verbraucherschutz

Anne Benett-Sturies

7. Sitzung des Europaausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtags

TOP 2:

**Bericht der Landesregierung über Überlegungen zur
künftigen Rolle der Europaministerkonferenz (EMK)**

am 1. Februar 2023 um 10.00 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede,

ich komme heute auf das Thema zurück, das Minister Schwarz Ihnen gegenüber bereits am 9. November 2022 angesprochen hat:

Wie steht es um die künftige Rolle der Europaministerkonferenz – kurz EMK?

Anlässlich des 30-jährigen Bestehens der EMK im vergangenen Jahr haben sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Hamburg-Vigoni Forums und der Universität Magdeburg mit möglichen Zukunftsvisionen der EMK befasst und Handlungsempfehlungen erarbeitet.

Diese Empfehlungen wurden auf der 90. EMK in Dessau im vergangenen September erstmals präsentiert.

Unter dem amtierenden EMK-Vorsitz, Sachsen-Anhalt, hat hierzu noch keine vertiefte Diskussion stattgefunden. Zurzeit berät eine eigens gegründete Arbeitsgruppe, in der Schleswig-Holstein aktiv mitwirkt, über die Umsetzung der Empfehlungen. Lassen Sie mich zunächst die zentralen Empfehlungen für die künftige Rolle der EMK zusammenfassen:

Erstens soll die EMK eine stärkere politische „Filterfunktion“ wahrnehmen, um mittel- und langfristige politische Prioritäten

der Länder zu identifizieren und sich – neben der Befassung des Bundesrats und insbesondere seines EU-Ausschusses mit den laufenden EU-Geschäften – frühzeitig mit einer koordinierten Stimme zu positionieren.

Zweitens wird eine enger koordinierte Interessenvertretung von politischen Kernvorhaben auf allen Ebenen angeregt, die neben Bundesregierung und Bundestag auch die Brüsseler Institutionen und regionale Körperschaften in anderen Mitgliedstaaten ansprechen soll.

Drittens soll die EMK verstärkt genutzt werden, um Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz, also der MPK, und – wo zielführend – anderer Fachministerkonferenzen zu den definierten politischen Prioritäten vorzubereiten.

Viertens wird eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit vorgeschlagen, um die Förderung des europäischen Gedankens sichtbarer zu machen.

Und fünftens wird empfohlen, eine EMK-Geschäftsordnung zu schaffen und Ressourcen für ein ständiges Sekretariat bereitzustellen, um die Koordinierungs- und Repräsentationsaufgaben besser umzusetzen und institutionell abzusichern.

Wie bereits ausgeführt, gibt es noch kein abschließendes Meinungsbild in der EMK zu diesen teils weitreichenden Vorschlägen.

Die Befassung mit der künftigen Rolle der EMK wird deshalb auch eines der Themen sein, auf die wir unter unserem eigenen EMK-Vorsitz ab Juli ein besonderes Augenmerk legen wollen. Aus der Sicht meines Hauses bedarf die koordinierende Rolle der EMK im etablierten Gefüge der Mitwirkung der Länder in der deutschen Europapolitik jedenfalls keiner grundlegenden Anpassung. Dies gilt insbesondere mit Blick auf ihre bewährte Scharnierfunktion gegenüber dem Bundesrat:

Denn bei europapolitischen Grundsatzthemen – wie beispielsweise die Zukunft der EU, den Brexit oder den Mehrjährige Finanzrahmen der EU – ist es bereits übliche Praxis, dass die EMK zur Vorbereitung von Beschlüssen des Bundesrates genutzt wird.

Entweder dergestalt, dass Anträge für den EU-Ausschuss des Bundesrates auf Arbeitsebene der EMK vorabgestimmt werden, oder in der Weise, dass Beschlüsse der EMK als Anträge in den Bundesrat eingebracht werden.

Hingegen stimme ich der Analyse der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler uneingeschränkt zu, dass die öffentliche Sichtbarkeit und politische Wahrnehmung der EMK - sei es als vorbereitendes Gremium für den Bundesrat, sei es im Verhältnis zu anderen, deutlich öffentlichkeitswirksameren Fachministerkonferenzen wie der Innenministerkonferenz, der KMK und der MPK - ausbaufähig ist.

Deshalb werden wir uns zum einem in der Arbeitsgruppe zur Weiterentwicklung der EMK für eine Überprüfung einsetzen, wie wir die Öffentlichkeitsarbeit der EMK – insbesondere Website, Auftritt in den sozialen Medien, Pressemitteilungen und -konferenzen – optimieren können.

Zum anderen unterstütze ich die Empfehlung, dass die EMK häufiger als bislang Beschlussvorlagen für die MPK vorbereiten und damit die größere Bedeutung der MPK für die politische Positionierung zu EU-Themen gegenüber dem Bund nutzen sollte.

Anders als von den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern angeregt, sollte diese vorbereitende Rolle der EMK jedoch nicht auch für die anderen Fachministerkonferenzen ausgeweitet werden. Diese Empfehlung verkennt meines Erachtens die Gleichrangigkeit der Fachministerkonferenzen.

Zurückhaltend sind wir im MLLEV ebenfalls gegenüber den Vorschlägen, die auf einen Ausbau der koordinierten Interessenvertretung gegenüber Bundesregierung, Bundestag und regionalen Körperschaften anderer Mitgliedstaaten sowie in Brüssel zielen – allerdings aus ganz unterschiedlichen Gründen:

Der Austausch mit der Bundesregierung - konkret mit den Europaessorts Auswärtiges Amt und Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz - findet im Rahmen der EMK sowohl auf politischer als auch auf Arbeitsebene regelmäßig statt und ist bereits als eng zu bezeichnen.

Eine stärkere Adressierung anderer europäischer Regionen halte ich allenfalls anlassbezogen für denkbar, beispielsweise bei der Reform der EU-Strukturpolitik. Es sollte aber bei, Einzelfällen bleiben. Ansonsten laufen wir meines Erachtens Gefahr, dass sich die Länder überfordern.

Denn wie aufwändig bilaterale Koordinierung auf regionaler Ebene sein kann, hat nicht zuletzt das Treffen der EMK mit französischen Regionen am 17./18. Januar 2023 in Straßburg gezeigt. Hierzu hatte uns die französische Seite anlässlich des 60. Jahrestags der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags eingeladen.

Für wenig praktikabel halte ich zudem den Vorschlag für eine engere Verzahnung zwischen der EMK und dem Bundestag, da diese eine fraktionsübergreifende politische Abstimmung voraussetzen würde.

Anrede,

lassen Sie mich abschließend noch auf die institutionellen Empfehlungen zur Weiterentwicklung der EMK eingehen, konkret die Vorschläge für die Schaffung einer EMK-Geschäftsordnung und die Einrichtung eines ständigen Sekretariats.

Eine ständige Arbeitsstruktur könnte zwar die Arbeit des Vorsitzlandes erheblich erleichtern und damit für alle Länder Effizienzgewinne bedeuten.

In der EMK bestanden jedoch bislang Bedenken gegen die Einrichtung einer ständigen Geschäftsstelle, da hiermit eine ständige Kostentragungspflicht aller Länder verbunden wäre. Es ist für mich nicht ersichtlich, dass sich dieses Stimmungsbild geändert hätte.

Für leichter umsetzbar halte ich hingegen die Schaffung einer EMK-Geschäftsordnung, wie sie auch bei den anderen Fachministerkonferenzen üblich ist.

Eine Geschäftsordnung wird daher von meinem Haus als grundsätzlich sinnvoll erachtet, und wir werden uns in der Arbeitsgruppe für die Weiterverfolgung dieser Empfehlung einsetzen.

Für Ihre Nachfragen stehe ich Ihnen nun gerne zur Verfügung.